Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 68 (1974)
Heft: 10

Artikel: Bei armen Völkern haben es die alten Menschen besser
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-142401

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

werden und Strategien der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung realisiert werden, die allen Schichten der Gesellschaft zugute kommen; wenn sich die Staaten der Dritten Welt von der wirtschaftlichen Ausbeutung und politischen Beherrschung durch ausländische Interessen befreien.

In westlichen Industriestaaten vertritt eine zunehmende Zahl von Politikern und Wissenschaftern die Meinung, daß Bevölkerungswachstum eine Hauptursache des Raubbaus an den Rohstoffen, der Zerstörung der Umwelt und des beklagenswerten Zustandes innerstädtischer Gebiete sei. Wir halten dieses Argument für falsch und gefährlich. Die Verschlechterung der natürlichen und sozialen Umwelt ist nicht in erster Linie eine Funktion des Umfangs oder Wachstums der Bevölkerung, ihre wesentliche Ursache liegt vielmehr in einem auf dem Prinzip der Profitmaximierung gegründeten Wirtschaftssystem, in dem die wenigen, die die wirtschaftliche Macht haben, die rücksichtslose Ausbeutung der natürlichen und gesellschaftlichen Ressourcen betreiben. Eine Lösung der ökologischen Probleme, vor denen viele wirtschaftlich entwickelte Staaten stehen, kann nur gefunden werden, wenn die gegenwärtig bestehenden ökonomischen Strukturen demokratisiert werden. Insbesondere müssen die multinationalen Konzerne, die in vielen westlichen Industriestaaten und in großen Teilen der Drtiten Welt eine außerordentliche wirtschaftliche und politische Macht ausüben, einer wirksamen demokratischen Kontrolle unterworfen werden.

Angesichts der Hunderte von Millionen Menschen in den unterentwickelten Ländern, die in äußerster Armut leben, angesichts der sozialen und ökologischen Probleme in vielen Teilen der Welt ist es an der Zeit, die notwendigen Veränderungen herbeizuführen.

Aus: «Entwicklungspolitik», Informationsdienst des Deutschen Evangelischen Pressedienstes, Nr 9, 1974.

Bei armen Völkern haben es die alten Menschen besser

Betagte Menschen sind nach der Erkenntnis von Experten der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Genf heute in den armen Ländern der Welt vielfach besser dran als in den meisten hochentwickelten Industrienationen. In einem am 11. Juli bekannt gewordenen Bericht einer Expertengruppe der WHO wird beklagt, daß in den Industriegesellschaften Achtung vor dem Alter und menschliche Wärme durch unzu-

längliche rechtliche Systeme ersetzt würden. Die Fachleute setzen sich in diesem Zusammenhang dafür ein, daß Berufstätige, die das Rentenalter erreichen, nicht in Zwangspension geschickt, sondern bei vollem Lohn so lange wie möglich weiterbeschäftigt werden und daß das Realeinkommen der Rentner gegen eine inflationäre Geldentwertung abgesichert wird.

Nach Ansicht der Experten werden Hilfsmittel und Einrichtungen der Altersfürsorge, die «allzuoft nur ein Kompromiß zwischen politischen Kräften und den Interessen der Fürsorgenden» sei, den gesundheitlichen Bedürfnissen der alternden Generation zur Zeit nicht gerecht. Als Hauptursache der im Alter auftretenden Behinderungen zählt der Bericht Erkrankungen der Gefäßsysteme, von Herz und Gehirn, Krebs, Geisteskrankheit, verminderte Hör- und Sehfähigkeit auf.

Geisteskrankheit beim alten Menschen könne durch einen schmerzlichen Verlust, gesellschaftliche Isolierung, ein Gefühl der Nutzlosigkeit, die Unfähigkeit zur Anpassung an eine sich wandelnde Welt und das mangelhafte Verhalten der Gesellschaft ausgelöst werden.

«Zu viele ältere Menschen», heißt es wörtlich in dem Bericht, «werden in Heilanstalten untergebracht, weil es sonst keinen Platz für sie gibt.» In den Entwicklungsländern hingegen erfreuten sich die Alten gerade wegen ihres Alters noch immer eines beachtlichen gesellschaftlichen Status. Die Altenfürsorge sei dort vorwiegend Sache der Familien. In landwirtschaftlichen und anderen nichtindustriellen Gebieten könnten die Menschen auch so lange arbeiten, wie sie dazu in der Lage seien, während sie in der «entwickelten Welt» zumeist einer Zwangspensionierung bei Erreichen einer bestimmten Altersgrenze unterworfen seien.

Diese Zwangspensionierung sei von einer Einbuße an Sozialprestige, sich verringernden menschlichen Kontakten und einem geringeren Einkommen begleitet. In den reicheren Staaten trete an die Stelle der Verantwortung der Familie ein formalistisches Rechtssystem wie die Sozialversicherung.

Dem Expertenbericht zufolge lebten im Jahr 1970 auf der Welt etwa 291 Millionen Frauen und Männer, die sechzig Jahre und älter waren. Sie bildeten rund 8 Prozent der gesamten Weltbevölkerung. Bis zum Ende dieses Jahrzehnts wird sich die Zahl der über sechzigjährigen voraussichtlich auf rund 585 Millionen erhöhen.

«Frankfurter Rundschau», 13. Juli 1974

N a c h s c h r i f t. Wen von der Situation der alten Menschen in der Welt die Rede ist, so muß unbedingt auf die Art hingewiesen werden, wie Volkschina dieses Problem anpackt. Getreu dem Prinzip, daß jeder, der körperlich und geistig dazu imstande ist, am Aufbau mithelfen soll,

setzen sich auch die Sechzigjährigen und noch ältere Leute irgendwie ein, ihren Kräften entsprechend, wohlverstanden. Arbeiter in gefährlichen Berufen werden sehr früh, zum Teil schon mit fünfzig Jahren, pensioniert, sie werken aber auch nachher noch weiter, so lange sie wollen, und zwar bei vollem Lohn. Alte Frauen machen sich im Haushalt mit Betreuen der Kinder und ähnlichen Aufgaben nützlich. Wichtig ist, daß sie nicht isoliert und in ein Altersheim abgeschoben werden, sondern voll am Leben der Gemeinschaft teilhaben können, was für ihr geistiges Wohl zuträglicher ist als erzwungene Untätigkeit. Red.

«Wehrdienst-Entschließung» des Südafrikanischen Kirchenrates

Eine anfangs August 1974 herausgegebene «Wehrdienst-Entschließung» des Südafrikanischen Kirchenrates (SACC) hat eine heftige Kontroverse ausgelöst, die bis heute anhält. Während die Kritik an der Resolution ausschließlich von weißen Nachrichtenmedien, weißen Parteien und weißen Kirchenvertretern kommt, ist die Reaktion der Schwarzen «zum weitaus größten Teil positiv». Es folgt hier auszugsweise der Wortlaut der Resolution:

*

«Die Nationalkonferenz des SACC ... erklärt 1. daß die Christen aufgerufen sind, für Gerechtigkeit und wahren Frieden zu kämpfen, der nur auf Gerechtigkeit gegründet sein kann; 2. daß sie die Auffassung nicht akzeptiert, es sei automatisch die Pflicht jener, die Christus, dem Friedefürsten, folgen, sich an Gewalt und Krieg zu beteiligen oder Vorbereitungen für Gewalt und Krieg zu treffen, wann immer der Staat es verlangt; 3. daß sie ihre Mitgliedskirchen daran erinnern möchte, daß sowohl die katholische als auch die reformatorische Theologie den Griff nach den Waffen — wenn überhaupt — nur dann als gerechtfertigt betrachtet, wenn es darum geht, einen 'gerechten Krieg' zu führen; 4. daß die theologische Definition eines 'gerechten Krieges' einen Krieg zur Verteidigung eines in seinen Grundzügen ungerechten und diskriminierenden Systems ausschließt; 5. daß in der Republik Südafrika gegenwärtig eine grundsätzlich ungerechte und diskriminierende Gesellschaftsordnung besteht und daß diese Ungerechtigkeit und Diskriminierung die primäre, institutionalisierte Gewalt darstellt, die erst die Gegenwart der Terroristen und Freiheitskämpfer ausgelöst hat; 6. daß die Streitkräfte unseres Landes darauf vorbereitet werden, diese ungerechte und diskriminierende Gesellschaftsordnung zu verteidigen und daß die Dro-